

Rudolf Mühlbauer
Camerloherstraße 7
85737 Ismaning

15.09.2015

Einschreiben mit Rückschein

Herrn Prof. Dr. Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts
als obersten Dienstherrn der Beamten und Angestellten des Gerichts
Postfach 1771
76006 Karlsruhe

Betreff:

Unrechtmäßige Beitragserhebung durch die gesetzlichen Krankenkassen auf Kapitalleistungen, die keine Renten der betrieblichen Altersversorgung der Altersrente vergleichbare Einnahmen gemäß § 229 SGB V sind – ein Massenverfahren mit ca. 6 Millionen Betroffenen und einem Vermögensverlust von Euro 30 Milliarden

Aktenzeichen:

AR 3693/14 vom 22.05.2014	Mühlbauer
AR 4139/14 vom 13.06.2014	Thalhofer
AR 6434/14 vom 25.08.2014	Ante

Verfassungsbeschwerden:

1 BvR 891/14	vom 07.03.2014	Reimer
1 BvR 425/15	vom 27.02.2015	Klußmeier
1 BvR 631/15	vom 19.03.2015	Korn
AR Az. 4175/15	vom 29.06.2015	Stoffels
AR Az. 4430/15	vom 08.07.2015	Schwerdtner
1 BvR 1615/15	vom 17.07.2015	Loewel
fehlt noch	vom 09.09.2015	Wohlfeld

Sehr geehrter Herr Präsident,

trotz aller „Machenschaften des Bundessozialgerichts“ tritt der Klageweg nun in die entscheidende Phase. Nach Rechtsauffassung von Streitgenossen nach § 73 (2) Nr. 2 SGG hat das Bundessozialgericht alle bisherigen Entscheidungen ohne Rechtsgrundlage zurückgewiesen und es ist auch nicht mehr damit zu rechnen, dass die BSG-Richter des 12. Senats ihre Rechtsprechung zu einer schon bei Vertragsabschluss, sogar rechtsverbindlich vereinbarten Kapitalzahlung ändern werden. Dazu hätten sie nach dem Beschluss des BVerfG zu 1 BvR 1660/08 mit den Randnummern 8 – 17 ausreichend Zeit gehabt unter Beachtung von 1 BvR 1243/88 mit den Randnummern 19 und 20 sowie 1 BvR 1924/07 mit der Bestätigung der gesetzlichen Vorschrift zum GMG Artikel 1 Nr. 143 unter der Randnr. 14.

Es zeichnet sich also nach der Gesetzesänderung zum GKV-Modernisierungsgesetz zu

1. **Artikel 1 Nr. 143** vom 14.11.2003 sowie den begleitenden Rechtsvorschriften zum
2. **§ 229 SGB V** (der Rente vergleichbare Einnahme)
3. **§ 237 (2) SGB V** (beitragspflichtige Einnahmen der Rentner)

ein Szenario ab, wonach die vorsätzlich organisierte Zwangsverbeitragung durch die gesetzlichen Krankenkassen mit der anschließenden Legalisierung durch die BSG-Richter des 12. Senats in der vorliegenden Größenordnung ohne Rechtsgrundlage sich zum größten Skandal in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland entwickeln kann, wenn die Verfassungsrichter jetzt nicht nach ihren eigenen Vorgaben in 1 BvR 1243/88 in den Randnummer 19 und 20 vom 03.11.1992 sowie in 1 BvR 1660/08 vom 28.09.2010 mit den Randnummern 8 – 17 eingreifen und eine schon bei Vertragsabschluss vereinbarte Kapitalzahlung beitragsfrei entscheiden, zumal das Rentenwahlrecht im Versicherungsschein unwiderruflich ausgeschlossen wurde. Die Verfassungsrichter riskieren ihren guten Ruf zu verspielen, den vorliegenden Massenbetrug bisher nicht verhindert zu haben, nur weil der VdK, SoVD und der DGB die erforderlichen Anträge in den Verfahren 1 BvR 1924/07 und in 1 BvR 739/08 einfach verweigert haben. In der Konsequenz wurden danach die Nichtannahmen zu den **3 Einzelentscheidungen** als Beweis für die Beitragspflicht aller Kapitalzahlungen ohne jede Differenzierung nach § 31 (1) BVerfGG auf alle ca. 6 Millionen noch Betroffenen durch die gesetzlichen Krankenkassen und fast alle Sozialgerichte rechts- und grundrechtswidrig übertragen. Das Problem hierbei war die fatale Aussage des BVerfG in 1 BvR 1924/07 unter der Randnummer 32, wonach eine Beitragspflicht für Kapitalzahlungen bestehen soll nach aufgestellten Kriterien durch die BSG-Richter des 12. Senats ohne zu erklären für welche der beiden **ungleichen** Vertragsgestaltungen nach dem BSG-Urteil 12 RK 36/84 (BSGE 58, 10) dies eigentlich gelten kann.

Trotz BVerfG zu 1 BvR 1660/08 vom 28.09.2010 mit den Randnummern 8 – 17 wird weiter zwangsverbeitragt. Das ist von den noch betroffenen 6 Millionen Versicherten nicht einfach hinnehmbar, wenn die BSG-Richter des 12. Senats das Recht für sich beanspruchen, die gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung zur Legalisierung eines Massenbetruges zu missbrauchen.

Bis zum 09.09.2015 hat es also gedauert, bis weitere Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht nach einer Rechtswegerschöpfung angekommen sind, wie Sie der beigefügten Auflistung entnehmen können, wenn der einzelne – so die Antwort Ihres Hauses vom 22.05.2014 – den „zulässigen Rechtsweg vor den zuständigen Fachgerichten beschreiten und erschöpfen muss, bevor bei Vorliegen den übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen fristgerecht Verfassungsbeschwerde erhoben werden kann“.

Ich bin mir sicher, dass Ihnen sehr verehrter Herr Prof. Dr. Voßkuhle der Sachverhalt und die Thematik hinreichend bekannt ist. Wie Sie sicherlich auch wissen hüllen sich alle Politiker in Schweigen – es hat den Anschein als geschähe dies abredgemäß. Die Einzelheiten sind in den Verfassungsbeschwerden ausführlich beschrieben und mit den entsprechenden Beweisunterlagen lückenlos belegt.

Nicht sicher bin ich mir, ob Ihnen der Schriftwechsel mit dem Präsident des Bundessozialgerichts vorgelegt wurde, den ich Ihnen am 9.01.2015 überlassen habe. Vorsorglich habe ich den Inhalt der beiden letzten Schreiben nochmal einkopiert und verweise auch auf die Domain

xxx.xxxxxxxx.xx (Anmerkung für weitere Empfänger: im Originalschreiben ist die Domain genannt)

wo alle rechts- und entscheidungserheblichen Beweisunterlagen hinterlegt sind:

Sehr geehrter Herr Präsident Masuch,

habe ich Sie richtig verstanden, dass die richterliche Unabhängigkeit auch die Spruchfähigkeit Ihres Gerichts deckt, wenn dadurch ein Massenbetrug an 6 Millionen Bürger mit einem Vermögensverlust von 30 Milliarden Euro legalisiert werden soll? Okay, wenn das so ist komme ich Ihrer Bitte nach und sehe von weiteren Schreiben an Sie in dieser Sache ab, da mir bei der Selbstherrlichkeit Ihres Hauses meine Ohnmacht bewusst geworden ist.

Eine Ausfertigung dieses Schreibens habe ich unter Beifügung des Ihrigen vom 06.01.2015 an

- den Bundespräsident Herrn Joachim Gauck,
- die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel,
- den Bundestagspräsident Herrn Dr. Lammert und
- den Präsident des BVerfG Herrn Prof. Dr. Voßkuhle (zu meinen Aktenzeichen AR 3693/14 hinsichtlich der Rechtswegerschöpfung meines Verfahrens)

gesandt. Entwickelt sich unser Rechtsstaat tatsächlich zu einem Richterstaat?

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Mühlbauer 09.01.2015

Der Präsident
des Bundessozialgerichts
Bundessozialgericht - 34114 Kassel

Rudolf Mühlbauer
Camerloherstraße 7
85737 Ismaning

AKTENZEICHEN 302-1-11-33/2014

DATUM 6. Januar 2015

Beschwerdeschreiben vom 18. Dezember 2014
Antwortschreiben vom 15. Dezember 2014

Sehr geehrter Herr Mühlbauer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Dezember 2014, in welchem Sie die Zurückweisung Ihrer vorgebrachten Dienstaufsichtsbeschwerde monieren und im Besonderen die Rechtsprechung des 12. Senats des Bundessozialgerichts (BSG).

Ich weise die erhobenen Vorwürfe zurück und wiederhole meinen Hinweis, dass es auch im Hinblick auf Ihr erneutes Vorbringen keinen Grund gibt, im Sinne der Dienstaufsicht tätig zu werden. Ihre Argumente und Angriffe gegen die Rechtsprechung des 12. Senats des BSG zielen auf die Spruchfähigkeit des Gerichts im Kern ab. Diese unterliegt der richterlichen Unabhängigkeit.

Außerdem sehe ich keinen Anlass dafür, dass eine ordnungsgemäße Erledigung der Amtsgeschäfte zu ermahnen wären.

Ich sehe die Sache daher als erledigt an und bitte Sie, nun von weiteren Schreiben in dieser Sache abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung
Prof. Dr. Schlegel

Herr Präsident ich erlaube mir erneut die Frage nach der Rechtswegerschöpfung in diesem Massenverfahren gem. § 90 Abs. 2 BVerfGG zu stellen, wenn Rügen nach § 178a SGG ohnehin erfolglos bleiben müssen. Die Voraussetzungen für eine ausnahmsweise vor Erschöpfung des Rechtswegs zulässigen Verfassungsbeschwerde nach § 90 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG sind wiederholt dargelegt und liegen auf der Hand. Allein durch den Zeitablauf von Anhörungsrüge bzw. Rechtswegerschöpfung entstehen den Betroffenen (allgemeine Bedeutung für 6 Millionen Bürger im Rentenalter oder gehört das biologische Ereignis zum Kalkül?) schwere und unabwendbare Nachteile, die dem gesunden Menschenverstand folgend nicht weiter substantiiert aufgezeigt zu werden brauchen. Die zu beurteilenden Rechtsfragen bzw. Grundrechtsverletzungen sind in der Hauptsache identisch.

Mit Interesse erwarten 6 Millionen betrogene Bürger Ihre substantiierte (ein Lieblingswort der Richterschaft) Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Mühlbauer

Anlage: Auflistung bekannte Kläger

Auflistung bekannte Kläger

Stand 15.09.2015

Erstellt von: Mühlbauer

Name	Gericht	Aktenzeichen	
Ante Dietrich	Schriftwechsel BVerfG LSG Essen SG Detmold	AR 6436/14 L 5 KR 406/14 S 24 KR 439/1	25.08.2014
Babory Dr. Haschem	SG Braunschweig		
Bentvelzen Barbara	SG Duisburg	S 9 KR 568/14	
Blank Josef	LSG Mainz SG Koblenz	L 5 KR 57/15 S 13 KR 478/14 S 13 KR 479/14	
Brandt Michael	LSG Stuttgart SG Mannheim	L 4 KR 2627/09 S 4 KR 4057/08	
Brune Wolfgang	SG Dortmund	S 48 KR 896/14	
Bruns Peter	SG Hannover	S 10 KR 89/15 S 10 KR 90/15	
Buchholz Klaus	LSG Stuttgart SG Konstanz	L 11 KR 571/15 S 8 KR 2248/14	
Dellinger Dorothea	LSG Darmstadt SG Frankfurt	L 8 KR 73/15 S 14 KR 321/13	
Denzin Wolfgang	SG Cottbus	S 18 KR 432/14 S 18 KR 433/14 S 18 KR 427/14	
Dörge Rolf-Hartmut	SG Magdeburg		
Dorner Rolf	SG Heilbronn		
Drake Jochen	SG Braunschweig	S 6 KR 67/13	
Ehret-Baechle Hildegard	LSG Stuttgart SG Freiburg		
Fazendin Donald	SG Itzehoe	S 27 KR 37/13 S 33 KR 73/12	
Gleitsmann Gerlinde	SG Cottbus	S 12 KR 233/14	
Gnädinger Rosmaria	SG Konstanz	S 8 KR 1657/14	
Görtz Elke	LSG Darmstadt SG Gießen	L 1 KR 54/14 S 15 KR 338/13	
Götzl Walter	LSG BW SG Karlsruhe	L 4 KR 1991/12 S 2 KR 1830/11	
Günther Reinhard	SG Lübeck	S 1 KR 473/14	

Haag Thomas	SG Stuttgart	
Hein Christian	SG Mainz	
Heins Herbert	SG Lüneburg	S 41 KR 232/14
Hillers Ulrich	SG Bremen	S 8 KR 256/11
Hollwedel Ursula	LSG München	L 5 KR 462/12
	SG Nürnberg	S 7 KR 484/11
Jakobs Horst	SG Kassel	S 5 KR 12/12
Joachim Werner	SG Saarbrücken	S 23 KR 429/15
Kendzia	SG Konstanz	
Kieseheuer Gerhard	LSG NRW	L 1 KR 289/13
	SG Dortmund	S 48 KR 1041/12
Kilian Ernst	SG Würzburg	S 6 KR 411/14
Klais Gerhard	LSG München	L 4 KR 207/14
	SG Augsburg	
Kleinholz Wolfgang	SG Düsseldorf	S 8 KR 340/14
Krautheuser Hans-Jürgen	LSG Essen	
	SG Köln	S 34 KR 803/13
Luka Friedhelm	SG Gelsenkirchen	S 28 KR 457/13
Mühlbauer Rudolf	SG München	S 28 KR 1266/14
		S 28 P 298/14
Naß Herbert	SG Duisburg	S 11 KN 23/09 KR
		S 11 KN 509/11 KR
Nöh Hansgeorg	SG Kassel	V 1300/2014
Paratsch Diethelm	SG Wiesbaden	S 1 KR 178/15
Peter Thomas	LSG Stuttgart	L 5 KR 831/15
	SG Karlsruhe	S 5 KR 3294/14
Petry Manfred	LSG Darmstadt	L 1 KR 140/15
	SG Darmstadt	S 10 KR 538/14
Pröiß Volker	LSG Stuttgart	L 11 KR 452/15
	SG Konstanz	S 2 KR 1774/12
Reimund Peter	SG Darmstadt	
Römer Peter	SG Düsseldorf	
Rüter Dr.Arnd	SG München	
Sahin Hüseyin	LSG München	72/14 AK 04

Sauer Birgit	SG Koblenz	
Schilken Randolf	SG Berlin	
Schlage Jens-Peter	SG Itzehoe	S 27 KR 96/14
Schmitt Rudolf	SG Köln	S 10 KR 538/14 S 9 KR 136/15
Schulz Karin	LSG Berlin-Brandenb SG Berlin	L 1 KR 481/12 S 89/KR 1854/10
Staeck Günter	SG Dortmund	S 48 KR 1287/14
Szilinski Rudolf	SG Karlsruhe	S 14 KR 99/13
Weber Ilse	SG Darmstadt	S 8 KR 204/13
Weber Peter	LSG BW SG Reutlingen	L 4 KR 5000/13 S 9 KR 1061/13
Wendland Manfred	LSG NRW SG Duisburg	L 5 KR 35/14
Willmerdinger Heribert	LSG München	L 5 KR 353/14
Winckelmann Thomas	SG Freiburg	
Witt Dr. Walter	LSG Karlsruhe SG Karlsruhe	LS KR 1943/14 S 2 KR 33/13
Wölfl Franz	SG Landshut	S 4 KR 145/15

Beim BVerfG angelangte Kläger:

Reimer	BVerfG	1 BvR 891/14	07.03.2014
	BSG Kassel	B 12 KR 45/13 B	
	LSG Mainz	L 5 KR 135/12	
	SG Mainz	S 14 KR 79/11	
Klußmeier	BVerfG	1 BvR 425/15	27.02.2015
	BSG	B 12 KR 11/14 B	
	LSG Niedersachsen-Br. SG Lüneburg	L 4 KR 532/10 S 9 KR 278/06	
Korn	BVerfG	1 BvR 631/15	19.03.2015
	BSG	B 12 KR 70/14B	
	LSG Essen	L 16 KR 591/13	
	SG Gelsenkirchenb	S 12 KR 289/12	
Stoffels	BVerfG	AR Az. 4175/15	29.06.2015
	BSG	B 12 KR 95/14 B	
	LSG NRW Essen	L 5 KR 443/13	
	SG Dortmund	S 39 KR 1182/11	

Schwerdtner	BVerfG	AR Az. 4430/15	08.07.2015
	BSG	B 12 KR 20/14 B	
	LSG Berlin-Brandenb.	L 1 KR 351/11	
	SG Berlin	S 111 KR 2177/10 WA	
Loewel	BVerfG	1 BvR 1615/15	17.07.2015
	BSG	B 12 KR 4/14 B	
	LSG Berlin-Brandenb.	L 9 KR 182/13	
	SG Berlin	S 19 KR 714/12	
Wohlfeld	BVerfG	fehlt noch	09.09.2015
	BSG	B 12 KR 5/15 B	
	LSG BW	L 5 KR 3259/13	
	SG Konstanz	S 8 KR 2558/12	

Schriftwechsel und Aktenzeichen Bundesverfassungsgericht:

Mühlbauer	BVerfG	AR 3693/14	22.05.2014
Thalhofer	BVerfG	AR 4139/14	13.06.2014
Ante	BVerfG	AR 6436/14	25.08.2014

Neben den Beschlüssen 1 BvR 1660/08 vom 28.09.2010, 1 BvR 1924/07 und 1 BvR 739/08 ist der Nichtannahmebeschluss 1 BvR 2657/09 vom 03.11.2010, von rechtserheblicher Bedeutung, der laut schriftlicher Auskunft des Bundesverfassungsgerichts „nicht zur Veröffentlichung auf der Homepage des Gerichts ausgewählt“ wurde

Preuß Friedrich	03.11.2010 Nichtannahme	1 BvR 2657/09	nicht veröffentlicht, aber rechtserheblich
-----------------	----------------------------	---------------	---